

Verbesserte Verwaltungskontrolle durch das Parlament

GPK verlangt besondere Fachstelle

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte wollen sich mit einem modernen Hilfsmittel der Verwaltungskontrolle ausrüsten. Mit einer Parlamentarischen Initiative soll eine Fachstelle eingerichtet werden, die im Auftrag der GPK Aufgaben und Wirkungen der Verwaltungstätigkeit überprüft.

lts. Bern, 12. Februar

Ausbau und Verbesserung der Verwaltungsaufsicht haben die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte schon seit mehreren Jahren beschäftigt. Bereits 1985 empfahl die GPK dem Bundesrat, die Auswirkung der Gesetzgebung auf die Gesellschaft und die Wirksamkeit staatlichen Handelns generell näher untersuchen zu lassen. Nach Anhören von Experten formulierte die Kommission in einem weiteren Schritt zwei Hauptforderungen. In erster Linie sollte die Verwaltungskontrolle in den einzelnen Departementen verbessert werden. Im weiteren wurde die Schaffung einer Prüfungsinstanz für die Verwaltungskontrolle durch den Bundesrat als Kollegium angeregt. Analog zur Eidgenössischen Finanzkontrolle, wurde damals argumentiert, stünde dieses Organ gleichermassen Bundesrat und Parlament zur Verfügung.

Getrennte Wege

In der Folge wurden verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine gemeinsame Fachstelle angemeldet, und die Wege von Bundesrat und Parlament trennten sich. Die Landesregierung schuf am 11. Dezember 1989 eine eigene Dienststelle für Verwaltungskontrolle. Dieser neue Fachdienst in der Bundeskanzlei entstand aus der Liquidationsmasse des ehemaligen Bundesamtes für Organisation. Dieses BFO hätte eigentlich als Stabsorgan des Bundesrates die Verwaltungskontrolle wahrnehmen sollen. Die Departemente liessen sich aber sehr ungerne von einer aussenstehenden Stelle kritisieren, weshalb die Kompetenzen des BFO sukzessive beschnitten wurden. Die allein schon hierarchisch tiefer eingestufte «Dienststelle für Verwaltungskontrolle» wird deshalb kaum grössere Erfolge melden können als das von allen ungeliebte und aufgelöste BFO.

Die Geschäftsprüfungskommissionen legen nun das Modell einer parlamentseigenen Fachstelle vor. Diese soll die Bundesaufgaben auf ihre Notwendigkeit, Dringlichkeit und Übereinstimmung mit übergeordneten Zielsetzungen prüfen. Sie kontrollierte zudem, ob das Verwaltungshandeln den von Bundesrat und Parlament gesetzten Zielen entspricht. Dieser Dienstleistungsbetrieb, der mit Hilfe einer Parlamentarischen Initiative verwirklicht werden soll, umfasste etwa fünf sehr gut qualifizierte Mitarbeiter aus verschiedenen Fachdisziplinen. Parlamentarische Oberaufsicht, hatte die GPK bereits in ihrem Bericht von 1988 geschrieben, ist Tendenzkontrolle. Nicht der einzelne Fehler sei wichtig, sondern die daraus allenfalls erkennbare Richtung der Verwaltungspraxis. Diese und ihre Wirkung auf die Gesellschaft seien Thema der parlamentarischen Prüfung, die aber auch eine Steuerung des Verwaltungshandelns durch die Mittel von Organisation, Verwaltungsabläufen, Finanzen, Personal und Führung anstrebe.

Mehr Rückweisungen an der Grenze

Statistik der Kontrolltätigkeit

Bern, 12. Febr. (ap) Im vergangenen Jahr sind an der «grünen Grenze» 3634 illegal eingereiste Asylbewerber und Arbeitsuchende erwischt worden. Das sind 1662 mehr als im Vorjahr, wie das Eidgenössische Finanzdepartement und die Oberzolldirektion mitteilen. Insgesamt intervenierte das Grenzwachtkorps in 306 739 Fällen, gegenüber 297 126 im Vorjahr.

Der Vollzug des Asylgesetzes erforderte 1989 laut Eidgenössischer Oberzolldirektion ein besonderes Augenmerk. Das Korps war an der «grünen Grenze» stark engagiert. Durch die vorübergehende Verlegung von Grenzschutzbeamten und die Bildung von Schwerpunkten sei es möglich gewesen, die neuralgischen Gebiete der Landesgrenze vermehrt zu überwachen. Dies führte beispielsweise dazu, dass allein an der «grünen Grenze» zu Österreich im vergangenen Jahr 1861 Personen angehalten und der Polizei übergeben werden konnten. Die Aktivität der Schlepper hielt nach Angaben der Oberzolldirektion unvermindert an.

An Grenzübergängen wurden 101 196 Personen zurückgestellt, unter anderem wegen ungültiger Ausweise oder fehlender Visa. 1988 waren es 92 527 gewesen. Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz registrierte das Korps 51 257mal im Vergleich zu 48 354 Fällen im Vorjahr. An die Polizei übergeben wurden, vor allem gestützt auf Fahndungsunterlagen, 13 415 Personen, 1623 mehr als 1988.

Das Grenzwachtkorps ist verantwortlich für die Personenkontrolle an der Grenze und für Kontrollen fiskalischer, handels- und gewerbepolizeilicher, wirtschaftspolitischer sowie allgemein politischer Art im grenzüberschreitenden Strassenverkehr. Im Mittel reisen auf der Strasse jährlich rund 180 Millionen Menschen mit rund 85 Millionen Fahrzeugen in die Schweiz ein.

Vertrauensbildende Massnahme

Die beiden neuen GPK-Präsidenten, der Zuger Ständerat Iten und der Luzerner Nationalrat Tschuppert, wie auch der Zürcher Nationalrat Seiler als Präsident der von der GPK eingesetzten Arbeitsgruppe betonten vor der Presse, das Parlament könne eine Verwaltungskontrolle mit den herkömmlichen Mitteln der parlamentarischen Arbeit kaum mehr gewährleisten. Der moderne Dienstleistungsstaat verlagere zunehmend Macht und Einfluss in Richtung Bundesrat und Verwaltung. Um so wichtiger werde die Kontrolle, welche diese Macht einschränke und korrigiere. Je besser die Aufsicht funktioniere, desto grösser sei das Vertrauen der Bürger in den Staat. Die Vertreter der GPK charakterisierten die Fachstelle für Verwaltungskontrolle denn auch als eine vertrauensbildende Massnahme, die im übrigen genau auf der Linie der von der PUK formulierten Empfehlungen liege.

In der Praxis brauche es selbstverständlich eine sinnvolle Kontrollkoordination der Verwaltungsaufsicht durch den Bundesrat und das Parlament. Noch nicht definitiv geklärt ist zudem die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Sekretariat der GPK und der neuen Fachstelle. Da beide Tätigkeiten aber gleichgerichtet sind, wird die neue Fachstelle voraussichtlich mit dem GPK-Sekretariat zusammenwachsen und dessen personelle und fachliche Ressourcen aufstocken. Dadurch soll die GPK, wie an der Pressekonferenz erklärt wurde, befähigt werden, vermehrt Prüfungsaufgaben in eigener Regie durchführen, die bis anhin auswärtigen Fachleuten übertragen worden sind.

Beginn der Einsicht in die Bupo-Fichen

Bern, 12. Febr. (sda) Seit Montag können Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller aus dem Kanton Bern als erste ihre Fichen bei der Bundesanwaltschaft einsehen. 50 verzeichnete Personen wurden zu diesem Test nach Bern eingeladen. Nach Auswertung der Berner Erfahrungen wird das Vorgehen für die übrigen Kantone festgelegt werden. Wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) dazu in Erinnerung rief, wird die Einsicht gemäss der vom Bundesrat genehmigten Wegleitung gewährt. Danach werden Informationen auf den Registraturkarten dann abgedeckt, wenn überwiegende Interessen des Staates oder von Drittpersonen dies gebieten. Dies etwa, wenn die Meldung von ausländischen Diensten stammt, sich Hinweise auf laufende Ermittlungsverfahren ergeben oder Rechte von Drittpersonen verletzt würden.

Wie das EJPD betont, sind diese Abdeckungen notwendig, um beispielsweise auch inskünftig die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens zu gewährleisten. Die Eintragungen und Abdeckungen werden den Einsicht-



EG-Kommissar Ripa di Meana (links) und Bundesrat Flavio Cotti im Berner Wattenwylhaus. (Bild ap)

Keine EG-Harmonisierung des Umweltschutzes nach unten

EG-Umweltkommissar in Bern

Bern, 12. Febr. (sda) Die Europäische Gemeinschaft (EG) wird von der Schweiz niemals verlangen, ihr Niveau im Umweltschutz nach unten anzupassen. Diese Botschaft brachte der Umweltkommissar der EG, Carlo Ripa di Meana, nach Bern, wo er am Montag mit den Bundesräten Flavio Cotti und Adolf Ogi zusammentraf. Die EG verlange auch von ihren Mitgliedstaaten keine Harmonisierungen nach unten, sagte Ripa di Meana vor der Presse. Im Gegenteil: Die EG-Länder seien frei, im Umweltschutz über die Gemeinschaftsnormen hinauszugehen. Der EG-Kommissar begrüsst auch die Mitwirkung der Schweiz an der geplanten Europäischen Umwelt-Agentur mit gleichen Rechten und Pflichten. Der schweizerische Beitrag sei unersetzlich. Umweltschutz dürfe keine Grenzen kennen, und Europa habe den Ehrgeiz, in diesem Bereich eine Führungsrolle zu übernehmen.

In den Gesprächen ging es nach Angaben von Bundesrat Cotti darum, zu Beginn der Verhandlungen über einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von EG und Freihandelsassoziation (EFTA) die Standpunkte im Umweltbereich darzulegen. Die Zusicherung, dass die Schweiz nichts von ihrem «Acquis environmental» opfern müsse, wertete Cotti als beruhigend. Es gebe aber auch Gebiete wie die Sondermüll-Entsorgung, wo die EG voran sei und die Schweiz sich nach oben anpassen müsse.

Bundesrat Ogi erläuterte Ripa di Meana die schweizerische Energie- und Transpolitik. Der EG-Kommissar zeigte sich beeindruckt von den schweizerischen Anstrengungen, den Schwerverkehr auf die Schiene zu verlagern, und er kündigte an, dass er demnächst in der EG «sehr strenge» Lärm- und Abgasvorschriften für Lastwagen vorschlagen werde.

nehmenden auf deren Wunsch hin von Beamten der Bundesanwaltschaft erklärt. Nach der Konsultation werden die Fichen, deren Eintragungen nach den neuen Richtlinien des EJPD an die Kantone nicht mehr gemeldet würden, samt dem im Hinblick auf die Einsichtnahme erstellten Kopien an Ort und Stelle auf Wunsch des Gesuchstellers vernichtet.

Auch in den nächsten Tagen werden Registrierte zur Einsichtnahme eingeladen. Das EJPD erhofft sich dabei Aufschlüsse über die Zahl der allenfalls ausbleibenden Personen und über die Dauer der jeweiligen Einsichtnahme in die Fichen. Es soll dabei nach Mitteln und Wegen gesucht werden, das Verfahren möglichst schnell abzuwickeln und so möglichst vielen die Einsichtnahme zu ermöglichen.

auf die eigene Auslandsarbeit, andererseits auf die schweizerische Öffentlichkeit und Politik einwirken. Als Ziele gelten etwa ein «bewussteres Konsumverhalten», der ökologische Landbau und die Verhinderung eines Patentschutzes gentechnischer Produkte. Weshalb die Stelle, die mit Miges Baumann, einem langjährigen Mitarbeiter des Informationsdienstes Dritte Welt (i3w), besetzt worden ist, nicht im Rahmen des i3w von den vier Trägerhilfswerken geschaffen worden ist, bleibt unklar. In der Arbeitsgemeinschaft von Swissaid, Fastenopfer, «Brot für Brüder» und Helvetas, deren Tätigkeiten unter dem Namen «Entwicklungspolitik und Medien» restrukturiert werden sollen, spielt der Erfahrungsaustausch, wie versichert wurde, ohnehin.

Die Swissaid ist sich bewusst, dass weder ein private Organisation noch gar ein Einzeler die Welt verändert, dass man indessen Beispiele geben und Mut machen soll, wie Bruno Riesen, Leitender Sekretär, sagte: Die nun eröffnete Kampagne steht unter dem Motto «Setz ein Zeichen» und hat als Symbol die Sonnenblume – eine Konkretisierung von Wachstum, Schönheit und Nutzen, die als vielfältiges Werbe-, Lehr- und Erinnerungsmittel eingesetzt werden soll.

Wirtschaftsgespräche Schweiz - DDR

Bern, 12. Febr. (sda) Der stellvertretende Ausenwirtschaftsminister der DDR, Christian Meyer, hält sich Montag und Dienstag in der Schweiz auf. Gespräche sind mit Staatssekretär Franz Blankart, Botschafter Silvio Arioli, Delegierter für Handelsverträge, sowie Repräsentanten der Schweizer Wirtschaft vorgesehen. Schwerpunkt des Meinungsaustausches bilden nach Angaben des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes die Lage der DDR und deren Auswirkungen auf den deutschen Einigungsprozess. Erörtert werden des weiteren die Folgen für die Aussenwirtschaftsbeziehungen im allgemeinen. Die Schweiz hat 1989 Güter für 145 Millionen Franken aus der DDR importiert; in die DDR exportiert wurden Güter für 400 Millionen Franken.

Besuch von Havel im Mai

Bern, 12. Febr. (sda) Der tschechoslowakische Staatspräsident Vaclav Havel wird voraussichtlich am 8. und 9. Mai die Schweiz besuchen. Wie von der tschechoslowakischen Botschaft in Bern am Montag zu erfahren war, steht das genaue Besuchsprogramm noch nicht fest. Dazu seien noch weitere Abklärungen mit den schweizerischen Behörden nötig. Der Schweizer Botschafter in Prag, Serge Salvi, hatte die offizielle Einladung von Bundespräsident Arnold Koller am 24. Januar überbracht. Havel sagte noch am selben Tag einen Besuch zu. Unmittelbar nach dem Aufenthalt in der Schweiz wird Havel dem Europarat in Strassburg einen Besuch abstatten.

Entwicklung für die Mehrheit der Dritten Welt

Die Swissaid im Kampf gegen eine «Desolidarisierung»

Die Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit, Swissaid (Bern), macht «Landwirtschaft und Umwelt» zum mittelfristigen Schwerpunktthema ihrer Projekthilfe in der Dritten Welt und ihrer Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz. Sie hat dazu eine besondere Informationsstelle geschaffen. Über der diesjährigen Sammelaktion schwebt die Sorge, dass die neue Solidarität mit Osteuropa zu einer «Desolidarisierung» gegenüber den eigentlichen Entwicklungsländern führen könnte.

C. W. Bern, 12. Februar

An einer Pressekonferenz in Bern sprach Prof. Hans Werner Tobler, Mitglied des Swissaid-Stiftungsratsausschusses, von der Tendenz gewisser Staaten, für die Entwicklungshilfe vorgesehene Mittel nach Osteuropa umzuleiten, obschon die dringenden Probleme der Dritten Welt nicht aus den Augen zu verlieren seien. In der Schweiz stehen zwar Anträge des Bundesrates für wesentlich höhere Kredite für wirtschaftspolitische Massnahmen, technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe in Aussicht, doch dürften Aktionen wie jene zugunsten von Rumänien nicht ohne Einfluss auf die Spenden für den «Süden» bleiben, die im Fall der Swissaid ohnehin eher abnehmen. Die Stiftung verzeichnete 1989 «eigene» Einnahmen von 5,9 Millionen Franken (81 000 Einzelspenden, Abzeichenverkauf, Beiträge von Kantonen und Gemeinden), während die Eidgenossenschaft Beiträge von 4,7 Millionen Franken zahlte.

Modernisierung auf dem Land

Die Swissaid setzt sich weniger nach Katastrophen ein, versucht vielmehr, die chronischen Ursachen von Armut und Hunger, des «permanenten Skandals» (Tobler), zu bekämpfen. Sie verfolgt dabei eine Entwicklungskonzeption, wie sie Jacques Chonchol, chilenischer Landwirtschaftsminister der Volksfront Allendes und heute Professor in Paris, darlegte. Danach geht es nicht einfach um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, sondern um die Schaffung von Einkommen für die ländliche Bevölkerung, die in der Dritten Welt auch um 2000 noch in der Mehrheit

sein dürfte. Das westliche Modernisierungsmodell sei in Ländern mit starkem Bevölkerungsdruck, traditioneller Familienstruktur, empfindlicher Umwelt und Kapitalmangel nicht anwendbar. Notwendig seien demgegenüber Bodenreformen, die gewerkschaftliche Organisation von Landarbeitern, eine angepasste Technologie, günstige Absatzmöglichkeiten und somit auch ein gewisser Importschutz (trotz dem Interesse der städtischen Bevölkerung an tiefen Preisen und externer Nahrungsmittelhilfe), der Ausbau von Infrastruktur und Bildungswesen sowie eine Industrialisierung im ländlichen Raum. Andernfalls bleibt nach Chonchols Ansicht nur die verstärkte Abwanderung in die anschwellenden Städte oder in reichere Erdteile.

Agrar- und Umweltpolitik

Mit der Unterstützung zahlreicher Projekte, die im wesentlichen von einheimischen Organisationen getragen werden, engagiert sich die Swissaid seit langem für eine von der Bevölkerung ausgehende Entwicklung auf Gebieten wie Agrarwirtschaft, Aufforstung, Handwerk, Genossenschaftswesen, Schule und Gesundheit. Zahlreiche neue Probleme im Zusammenhang von Landwirtschaft und Umwelt veranlassen sie indessen zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen, namentlich die Erosion des Bodens, die Klimagefahren, die als zweischneidig beurteilte Biotechnologie, die Bildung grosser Wirtschaftsräume und die Liberalisierung des Agrarhandels. Eine Informationsstelle soll sich speziell dieser Fragen annehmen und einerseits